

Stenographisches Protokoll

über die

31. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 29. Dezember 1904.

Inhalt:

Petitionen.

Abwesenheitsanzeige.

Auflage.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Trdnung um eine Subvention für die öffentliche Wasserleitung (Beilage Nr. 265). — an den Finanz-Ausschuß;
2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhebung der Bahnhofszufahrtsstraße in Murek und des an diese anschließenden Teiles der Spielfeld-Radersburger Bezirksstraße II. Klasse bis zur Einmündung der Murek-Feldbacher Bezirksstraße I. Klasse zur Bezirksstraße I. Klasse (Beilage Nr. 266.) an den Landeskultur-Ausschuß;

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer und Genossen, Beilage Nr. 139, betreffs der Wiedereinführung der früher bestandenen Tarifbegünstigungen für Exportrundholz im Elbeumschlagsverkehr (Beilage Nr. 228. — Annahme des Antrages des Landes-kultur-Ausschusses).

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steierm. Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 117, betreffend den Verkauf einiger Grundparzellen in der Katastralgemeinde Oberreith, Bezirk St. Gallen (Beilage Nr. 256. — Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses).

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gerlich und Genossen, Beilage Nr. 96, auf Ausgleichung der Straßenerhaltungskosten im Lande Steiermark (Beilage Nr. 257. — Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 36, über das Ansuchen der Ortsgemeinde

Asfenz im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer über die 72prozentige für das Jahr 1904 in der Ortsgemeinde Asfenz zur Einhebung gelangende Gemeindeumlage hinausgehenden weiteren 29prozentigen Gemeindeumlage für den Markt Asfenz für das Jahr 1904 (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Baron Rokitsky, Zedlacher und Genossen, Beilage Nr. 94, betreffend die Erhebung über die bestehenden Wegservituten und Anlegung eines diesbezüglichen Katasters zwecks Wahrung dieser Servitutsrechte (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 158, über das Ansuchen der Inassen des Marktes St. Georgen a. d. Südbahn, um Ausscheidung der Katastralgemeinde St. Georgen aus dem Verbande der Ortsgemeinde St. Georgen a. d. Südbahn und Konstituierung als selbständige Ortsgemeinde (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 185, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Paghern im Gerichtsbezirke Marburg, um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 108 Prozent im Jahre 1904 (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten).

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Stiger, Dr. Hofmann von Wellenhof, Pfirmer und Genossen, Beilage Nr. 199, wegen Förderung des heimischen Gewerbes (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Hofmann von Wellenhof, Dr. von Verschatta und Genossen, Beilage Nr. 179, betreffend die Fürsorge für das Mittelschulwesen. (Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses).

Berichte und Anträge des Finanz-, Landeskultur- und Petitions-Ausschusses über Petitionen.

Antrag der Abgeordneten Wagner und Genossen, betreffend die Abänderung des § 8 der Feuerlöschordnung.

Interpellation der Abgeordneten Kiesel und Dr. Schacherl an den Landes-Ausschuß über den Stand der Verhandlungen zwischen den Knechtlern und der Bürgerchaft von Schlading, betreffs des Bürgerchaftsvermögens und sonstigen Nutzungen.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 30 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Karl von Ritter-Zahony und Alois Dietrich.

Von Seite der Regierung anwesend:

Se. Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgegeben, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 571, des Theodor Anderle, definitiven Lehrers in Thörl, um Berücksichtigung sämtlicher von ihm in Steiermark zurückgelegter Dienstjahre bei seiner Versetzung in die nächsthöhere Gehaltsstufe und um Einreihung mit seinem Grundgehalte in die II. Stufe. (Überreicht durch Abg. v. Pengg).“

„Petition Nr. 572, der Maria Deschmann, Professorswitwe in Graz, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Link).“

Ist hinsichtlich des von mir zu diesen Petitionen gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Dem Landeskultur-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 569, des Bezirks-Ausschusses Fehring um Wiedererhebung der von Graz über Feldbach und Fehring bis zur ungarischen Grenze führenden Bezirksstraße II. Klasse zur Bezirksstraße I. Klasse. (Überreicht durch Abg. Krenn).“

Ist hinsichtlich des von mir zu dieser Petition gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Dem kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 567, des Ortschulrates und der Gemeinde Edelsbach, um Einreihung der vierklassigen Volksschule in Edelsbach, Bezirk Feldbach, in die II. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Wagner).“

„Petition Nr. 568, des Gemeinde-Ausschusses Lemberg im Bezirke Hartberg, um Einreihung der in der III. Ortsklasse stehenden Volksschule in St. Magdalena am Lemberg in die II. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Hagenhofer).“

„Petition Nr. 570, der Stadtgemeinde Radkersburg, um Verwandlung der dortigen Landesbürger Schule in ein Landes-Untergymnasium. (Überreicht durch Abg. Reitter).“

„Petition Nr. 573, des Ortschulrates und der Schulleitung St. Lorenzen ob Gbisswald, um Versetzung der Schule in die II. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Schweiger).“

Ist hinsichtlich des von mir zu diesen Petitionen gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Sein Nichterscheinen bei der heutigen Sitzung hat Herr Abg. Freiherr von Kellersperg entschuldigt.

Aufgelegt wurde heute:

Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl und Kiesel betreffs des Schicksales der durch die neue Art der Einhebung der Landesbieraufgabe überflüssig gewordenen Angestellten. (Beilage Nr. 268.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Widmung eines Betrages von 600.000 K seitens Ihrer Erzellenz der Gräfin Theodora Kottulinsky zum Zwecke der Errichtung eines Refonvaleszentenheims. (Beilage Nr. 269.)

Die mündliche Berichterstattung wird angesprochen von Seite des Finanz-Ausschusses über Beilage Nr. 193, Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Pensionsgesuch des Landesarchiv-Direktors Dr. Josef von Zahn.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten hat über die ihm überwiesenen Ansuchen, und zwar über das Ansuchen des k. k. Kreisgerichtes Gills vom 8. Oktober 1904, Z. 313/4/1, betreffend die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Ivan Dečko wegen Übertretung des § 431 St.-G. folgenden Antrag beschlossen:

„Die vom k. k. Kreisgerichte Gills mit Schreiben vom 8. Oktober 1904, Z. 313/4/1, angesuchte Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Ivan Dečko wegen Übertretung des § 431 St.-G. wird erteilt.“

Über das Ansuchen des k. k. Bezirksgerichtes Mürz-zuschlag vom 27. September 1904, U. 394/4/2, betreffend die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Hans Schmid wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, stellt der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten den Antrag:

„Die vom k. k. Bezirksgerichte Mürz-zuschlag mit Schreiben vom 27. September 1904, U. 394/4/2, angesuchte Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Hans Schmid wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird erteilt.“

In beiden Fällen ist Berichterstatter Herr Abg. v. Mayr-Melnhof.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Ferner habe ich bekannt zu geben, daß der Finanz-Ausschuß über den Bericht des Landes-Ausschusses mit dem Antrage auf provisorische weitere Einhebung der für das Jahr 1904 beschlossen und bewilligt gewesenem Landesumlagen, Zuschläge und Auflagen für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1905 bereits die Vorberatungen gepflogen und die ihm eingeräumte mündliche Berichterstattung in Anspruch genommen hat. Der Antrag des Finanz-Ausschusses ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses. Berichterstatter ist Herr Abg. Graf Stürgkh.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Jrdning um eine Subvention für die öffentliche Wasserleitung.

(Beilage Nr. 265.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von **Feyrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhebung der Bahnhofszufahrtsstraße in Murek und des an diese anschließenden Teiles der Spielfeld-Nadkersburger Bezirksstraße II. Klasse bis zur Einmündung der Murek-Feldbacher Bezirksstraße I. Klasse zur Bezirksstraße I. Klasse.

(Beilage Nr. 266.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von **Feyrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer und Genossen, Beilage Nr. 139, betreffs der Wiedereinführung der früher bestandenen Tarifbegünstigungen für Exportrundholz im Eisbeumschlagsverkehr.

(Beilage Nr. 228.)

Berichterstatter ist Herr Abg. **Dehne**.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landeskultur-Ausschusses **Dehne** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über den Antrag der Herren Abg. Hagenhofer und Genossen, Beilage Nr. 139, betreffs der Wiedereinführung der früher bestandenen Tarifbegünstigungen für Exportrundholz im Eisbeumschlagsverkehr.

Ich verweise auf den vorliegenden, ziemlich ausführlich gehaltenen schriftlichen Bericht und werde mich deshalb kurz fassen. Der alpenländische Rundholzerport hat, wie die meisten Herren wissen werden, eine Tarifbegünstigung genossen, und zwar gegenüber den Ländern, welche nördlich der Donau liegen. Diese Tarifbegünstigungen wurden seinerzeit von der Regierung geschaffen, um die Donau-Moldau-Elbe-Konkurrenz zu bekämpfen. Dabei rechnete die Regierung darauf, daß die

Staatsbahneinnahmen sich dadurch vermehren würden. Dieses Kalkül ist jedoch eingeblich nicht eingetroffen und die Regierung hat im vergangenen Sommer diese Tarifermäßigung wieder aufgehoben, weshalb sich für unsere steirischen Forstverhältnisse ein großer Schaden ergab, welcher aus nachfolgenden Ziffern sehr einleuchtend ist. Zur Zeit des Bestandes der Frachtbegünstigung betrug der Elbeumschlagtarif für Langholz von der Station St. Michael in Obersteiermark nach Laube 115 Pfennig pro 100 kg; heute stellt sich nach den Feststellungen des steiermärkischen Forstvereines dieser Tarif für die gesamte Strecke auf 132 Pfennig pro 100 kg, was eine Erhöhung von 17 Pfennig oder pro zehn Waggon von 17 Mark gleich 20 K 40 h ergibt, mithin bei 17 Kubikmeterladung pro Waggon eine Frachterhöhung von 1 K 20 h pro Kubikmeter ergibt. Nachdem Steiermark, gering gerechnet, allein jährlich über einen Holzzuwachs von 2,678.500 Festmeter verfügt, welche Menge hauptsächlich nach Deutschland exportiert wird, und nachdem unsere Stationen ohnehin durch die große Entfernung bis zur deutschen Grenze mit hohen Eisenbahnfrachten zu rechnen haben, so liegt es auf der Hand, daß die Maßnahme der hohen Regierung für unseren steirischen Holzexport höchst schädlich ist. In Anbetracht dieser Verhältnisse sieht sich der Landeskultur-Ausschuß veranlaßt, folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, unter Hinweis auf die empfindliche Schädigung der alpenländischen Forstwirtschaft durch die erfolgte Aufhebung des Ausnahmstarifes I für den Rundholzexport im Elbeumschlagsverkehr und im Verbandsverkehr mit Sachsen bei der k. k. Regierung dahin zu wirken, daß die früher bestandenen Tarifbegünstigungen für Exportrundholz im Elbeumschlagsverkehr auf den Staatsbahnen wieder zu gestanden werden.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 117, betreffend den Verkauf einiger Grundparzellen in der Katastralgemeinde Oberreith, Bezirk St. Gallen.

(Beilage Nr. 256.)

Berichterstatter ist Herr Abg. **Hauttmann**, dem ich zur Einleitung des Gegenstandes das Wort erteile.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses **Hauttmann** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Um der Firma Mayr und Wildenhofer den Fortbetrieb und die Erweiterung ihres Senfenwerkes zu ermöglichen, hat der hohe Landtag bereits im Jahre 1892 mit Beschluß vom 7. September Grund in der Gemeinde Oberreith im Ausmaße von 1 ha 7 a 49 m² um den Betrag von 1200 K abgetreten. Die Firma hat unterdessen ihren Betrieb mit Erfolg weitergeführt, sucht denselben noch zu vergrößern und benötigt dazu angrenzende Grundstücke, die sie zum Teile bereits in Pacht hat. Diese Grundstücke sind der Hochwassergefahr ausgesetzt und infolgedessen auch bereits vielfach verschottert und minderwertig geworden. Es liegt im wesentlichen Interesse der Firma, daß sie sich einen Schutz gegen Hochwasser schafft und die nötigen Lagerräume für ihre Unternehmungen gewinnt. Sie ist daher an den Landes-Ausschuß neuerdings heranketret, um Überlassung von dem Herzogtum Steiermark eigentümlichen Grundparzellen. Es betrifft dies die Parzellen Nr. 115/1, 115/2, 133, 134, 136, 137, 138, 139/1, 139/2, 140/1, 140/2, 140/3, 144, 145, 568/5, 568/6 und 569 im Gesamtausmaße von 1 ha 71 a 48 m², die einen zusammenhängenden, vom übrigen Landesbesitze ganz abseits gelegenen, an das Werk angrenzenden Grundkomplex bilden. Ein Teil ist gegenwärtig an die Kaufwerber als Lagerplatz, ein Teil an landschaftliche Forstarbeiter verpachtet und ein Teil ist durch die Hochwässer verschottert, somit als Öden zu bezeichnen.

Die Landes-Forstverwaltung erklärt diesen Grundkomplex für den landschaftlichen Besitz nur geringwertig und befürwortet dessen Verkauf um den angebotenen Kaufpreis von 2000 K, der als gut bezeichnet wird. Eine allfällige Beeinträchtigung des Landesbesitzes infolge dieses Verkaufes dadurch, daß das Land an der betreffenden Stelle die Ausnützung der Wasserkraft verliert, ist nicht zu befürchten, weil dem Lande gleich unterhalb der zum Verkaufe beantragten Parzelle eine bessere Wasserkraft zur Verfügung steht. Den landschaftlichen Arbeitern können Pachtungen auf den Oberhofgründen überlassen werden.

In Übereinstimmung mit der Anschauung des Landes-Ausschusses, daß das Kaufanbot der Firma Mayr und Wildenhofer im Interesse der Erhaltung und Entwicklung ihres Werkes sowie der von der Firma beschäftigten Arbeiter anzunehmen ist, beschließt der Finanz-Ausschuß konform dem Antrage des Landes-Ausschusses den **A n t r a g** (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt und beauftragt:

1. Vom Grundbesitze des Herzogtums Steiermark die in der Katastralgemeinde Oberreith, Gerichtsbezirk St. Gallen, gelegenen Parzellen, und zwar:

Nr. 137, 138, 145, Grundbucheinlagezahl 62;

Nr. 136, 139/1, 139/2, 140/1, 140/2, 140/3 und 569, Grundbucheinlagezahl 65;

Nr. 115/1, 115/2, 133, 134, 144, 568/5, 568/6, Landtafelinlagezahl 1625;

im Gesamtflächenausmaße von 1 ha 71 a 48 m² an die Senfenerwerbsbesitzer Mayr und Wildenhofer im Oberreith bei St. Gallen um den Betrag von 2000 K zu verkaufen, wobei die Kosten der Vertragserrichtung und Durchführung die Käufer zu bestreiten haben;

2. die Allerhöchste Genehmigung dieses Beschlusses einzuholen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gerlich und Genossen, Beilage Nr. 96, auf Ausgleichung der Straßenerhaltungskosten im Lande Steiermark.

(Beilage Nr. 257.)

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abg. Hauptmann, dem ich das Wort erteile und ersuche den Gegenstand einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses **Hauptmann** (von der Tribüne): Hohes Haus! Der Antrag Gerlich und Genossen ist begründet durch die ungleichmäßige und zum Teil hohe Beitragsleistung der einzelnen Bezirke für die Straßenerhaltung.

Die Kosten der Erhaltung in den einzelnen Bezirken werden beeinflusst durch die Länge der Straßen, Frequenz auf denselben und Preis sowie Qualität des zur Verfügung stehenden Schotter. Dazu kommt noch die Art der Durchführung der Straßenerhaltung, die Möglichkeit einer entsprechenden Entwässerung und die Art der Grundierung.

Der Antrag, daß das Land die Tragung der Kosten der Bezirksstraßen, soweit selbe 10 Prozent übersteigen, übernehmen sollte, ist ein sehr weitgehender und würde das Landesbudget in hohem Grade belasten. Es würden

nach dem gegenwärtigen Stande einige 100.000 K erforderlich sein.

Ungefähr 50 Bezirke haben mehr als 10 Prozent Umlagen für Straßenerhaltung, und betragen selbe im Maximum ungefähr 38 Prozent. Hohe Erhaltungskosten und geringer Ertrag aus einem Umlagenprozent, bezw. geringe Steuerkraft des Bezirkes treffen oft zusammen.

Es wurde daher schon in früheren Jahren vom hohen Landtage beschlossen, die aus dem Titel „Straßenbau“ hochbelasteten Bezirke durch eine Subvention aus den Ersparnissen im Landesbudget, Kapitel IV, Titel 1, Rubrik II, des ordentlichen Erfordernisses zu unterstützen.

Seit zwei Jahren wurden aber keine solchen Ersparnisse gemacht und daher auch keine Subventionen gegeben.

Die hohen Umlagen, welche einzelne Bezirke für Straßenerhaltung seit Jahren einheben müssen, bilden aber einen wahren Notstand. Nachdem unter dem obgenannten Titel des Landesbudgets ausdrücklich auch Beihilfen an die Bezirke überhaupt angeführt sind, erscheint es angemessen, recht und billig, einen bestimmten Teil der Post von 120.000 K für diese Beihilfen anzuweisen und dessen Verteilung nach Maßgabe der Bedürftigkeit der einzelnen Bezirke dem Landes-Ausschusse zu überlassen.

Nachdem diese Beihilfen aus der für Straßenbau bestimmten Post entnommen werden, kann als Grundlage der Bemessung der einzelnen Beihilfen zunächst nur die Höhe des Umlagenprozentes für Straßenzwecke und sonstige ungünstige Umstände bezüglich der Straßenerhaltung dienen, andererseits aber auch die sonstige hohe Belastung des Bezirkes für andere Zwecke. Die Kosten der Erhaltung in den einzelnen Bezirken werden beeinflusst durch die Länge der Straßen, durch die Frequenz, den Preis und die Qualität des zur Verfügung stehenden Schotter.

Dazu kommt noch die Art der Durchführung der Straßenerhaltung, die Möglichkeit der Entwässerung und der Zustand der Grundierung oder das Fehlen einer solchen. Wenn nun Beihilfen für Straßenerhaltungszwecke gewährt werden, ist es auch andererseits notwendig, die Art der Straßenerhaltung seitens des Landes-Ausschusses untersuchen zu lassen und die Zuweisung der Beihilfen an richtige Maßnahmen bezüglich der Erhaltungsarbeiten zu binden.

Es ist ja bekannt, daß die Kosten für die Straßenerhaltung fortwährend steigen und immerwährend neue Anforderungen an den Landtag gestellt werden und andererseits auch von vielen Seiten Klagen über den Zustand der Straßen einlaufen.

Die Auslagen für die Straßenerhaltung sind im Laufe der Zeit bedeutend gestiegen, wir haben aber noch immer eine bedeutende Steigerung zu erwarten. Es ist daher diesem Kapitel eine eingehende Aufmerksamkeit zu widmen.

Es wird vielfach von den Bezirken geklagt, daß nicht die genügenden Mittel zur Verfügung stehen, um die Straßen in einen entsprechenden Zustand zu versetzen. Aber nach meiner Meinung ist nicht allein der schlechte Zustand darauf zurückzuführen, daß zu wenig Mittel vorhanden sind, sondern es wird vielfach die Durchführung der Straßenerhaltung in einer nicht entsprechenden Weise vorgenommen, ebenso wird der Zustand der Straßen ungemein geschädigt, durch die Vernachlässigung der für eine ordentliche Straßenerhaltung nötigen Maßnahmen.

Es scheint daher notwendig, daß besonders dort, wo hohe Umlagen für die Straßenerhaltung bestehen und wo man an den Landtag mit Ansuchen um Subventionen herantritt, daß seitens des Landes-Ausschusses durch das Landes-Bauamt eine entsprechende Beaufsichtigung der Straßen, eine Untersuchung der Gründe, welche die hohen Auslagen veranlassen, geführt wird.

Entschieden wohlthätig könnte auch eine Belehrung durch das Landes-Bauamt wirken, besonders dort, wo die Straßenerhaltung nicht in entsprechender Weise erfolgt. Es muß allerdings erwähnt werden, daß das Landes-Bauamt heute ungemein stark mit Arbeiten belastet ist. Es wird daher dem hohen Hause ein Antrag vorgelegt werden, auf Vermehrung der Kräfte im Landes-Bauamte, die dringend notwendig ist.

Es ist aber erforderlich, daß eine eigene Kraft des Landes-Bauamtes bestimmt wird, welche die Straßen zu untersuchen hat und die sich speziell mit der Belehrung der Bezirksausschüsse befaßt, damit dieser Gegenstand, der heute infolge der Überlastung des Landes-Bauamtes nicht in entsprechender Weise gepflogen werden könnte, in Zukunft besser gepflogen wird. Man hat übrigens auch anderwärts neue Methoden bezüglich der Straßenerhaltung auch getroffen, die von wesentlichem Erfolge begleitet sein sollen, sowohl einen besseren Zustand der Straßen herbeigeführt, als auch den Aufwand dafür verringert haben sollen.

Insbefondere wurde in dieser Richtung auf Niederösterreich, Mähren und Bayern verwiesen und erscheint es angezeigt, daß die dort getroffenen Maßnahmen, die sich bewährt haben, von Seite des Bauamtes studiert werden, dazu ein Organ entsendet wird, welches dann auch diese Erfahrungen den einzelnen Bezirksausschüssen zur Kenntnis bringt, um sie in ihren Arbeiten zu unter-

stützen. Es kann vielfach bemerkt werden, daß die Art der Straßenerhaltung in mehreren Fällen vollständig mangelhaft und schlecht ist und ich möchte darauf verweisen, daß man ohne genau zu kalkulieren, oft einen Straßenschotter nicht bezieht, weil er nach der Kubikeinheit gerechnet zu teuer wäre.

Die Wahl eines guten Straßenschotters ist von großem Einflusse auf die Straßenerhaltungskosten und den brauchbaren Zustand der Straße selbst.

Es ist angezeigt, daß in einzelnen Bezirken, wo in dieser Richtung Kalkulationsfehler bestehen, das Landes-Bauamt dort eingreift, um Probestrecken zu schaffen, die vor Augen führen, in welcher Weise man am besten und billigsten zu einer besseren Straßenerhaltung kommt. Es kommt auch vor, daß in ferner gelegenen Bezirken bezüglich der Objekte, Einrichtungen und Maßnahmen getroffen werden, die auch ganz verfehlt sind; es werden für Durchlässe Holzschläuche verwendet, die in ganz kurzer Zeit zugrunde gehen. Heutzutage sind ja andere Mittel vorhanden, nämlich Durchlässe von Zement, die für eine lange Dauer sind und die für Arbeiten in längeren Perioden besonders notwendig sind. Es wird auch beim Schotter nicht allein bezüglich der Qualität gefehlt, indem man Bachschotter oder zu weichen Schotter verwendet. Es wird auch viel zu grober Schotter verwendet und die Überdeckung des groben Schotters mit feinem unterlassen; infolgedessen sind die Straßen ungemein schwer fahrbar, es bilden sich bald tiefe Geleise, in welchen Wasseraufsammlung erfolgt und dadurch geht der Wert der Beschotterung zum großen Teile verloren. Es scheint meiner Anschauung nach durchaus notwendig, daß das Landes-Bauamt mit der Aufsicht der Straßen sich besser befaßt und in den einzelnen Bezirken, wo besondere Mängel beobachtet werden, wird mit den Belehrungen seitens des Landes-Bauamtes vorgegangen werden müssen.

Es wurde unter anderem auch erwähnt, daß die Beschaffung einer Straßenwalze für den besseren Zustand der Straßen, für die bessere Herstellung derselben von wesentlichem Vorteile sein könnte; das ist ganz gewiß der Fall. Es ist selbstverständlich, daß man eine Straßenwalze nicht auf bergigen Straßen anwendet und, wenn ein bestehendes Brückenobjekt zu schwach ist für die Straßenwalze, können leicht Maßnahmen getroffen werden, mit welchen man die Verwendung von Straßenwalzen ganz gut ermöglichen kann.

Wenn die ärarischen Straßen in gutem Zustande sind, so kann man wohl anführen, daß sie sehr breit und gut fundiert sind, was bei den Bezirksstraßen nicht immer der Fall ist. Der gute Zustand der Reichsstraßen ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Erhaltungs-

arbeiten sehr zweckmäßig und entsprechend durchgeführt werden. Dabei sind die Kosten der ärarischen Straßen-erhaltung meist nicht höher als die der schlechten Bezirksstraßen.

Der Finanz-Ausschuß stellt daher folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt und ermächtigt:

1. Für Beihilfen an Bezirke, welche, im dreijährigen Durchschnitt gerechnet, über 20 Prozent an Umlagen für Straßenerhaltung einheben müssen, unter ungünstigen Verhältnissen bezüglich der Straßenerhaltung leiden und nach Maßgabe der Bedürftigkeit unterstützt werden sollen, von der für 1905 präliminierten Summe von 120.000 K unter Kapitel IV, Titel 1, A, ordentliches Erfordernis, Rubrik II, 20 Prozent zu verwenden;

2. ein Organ des Landes-Bauamtes zum Studium der Maßnahmen für Straßenerhaltung in jene benachbarten Länder zu senden, welche solche mit besonders günstigem Erfolge durchgeführt haben, und hierüber dem hohen Landtage in der nächsten Session zu berichten und Anträge zu stellen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 36, über das Ausuchen der Ortsgemeinde Aflenz im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer über die 72prozentige, für das Jahr 1904 in der Ortsgemeinde Aflenz zur Einhebung gelangende Gemeindevumlage hinausgehenden weiteren 29prozentigen Gemeindevumlage für den Markt Aflenz für das Jahr 1904.

Berichterstatter ist Herr Abg. von Pengg, den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten von **Pengg** (von der Tribüne): Hohes Haus! Die Ortsgemeinde Aflenz benötigt zur Deckung ihrer Gemeindeerfordernisse einer Umlage von 72 Prozent. Der Landes-Ausschuß hat die Einhebung dieser Umlage bereits bewilligt und die sämtlichen Belege geprüft und dieselben in Ordnung befunden. Weiters bedarf die Marktgemeinde Aflenz einer weiteren

Umlage von 29 Prozent, und zwar zur Deckung der Auslagen für die dort vor einigen Jahren gebaute Wasserleitung, und zwar zur Amortisierung und Verzinsung der verausgabten Kapitalien. Auch diese Umlage hat bis zu 27 Prozent der Landes-Ausschuß bereits bewilligt, weil eben alle gesetzlichen Formalitäten erfüllt sind.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten beantragt, die weiteren 2 Prozent zu bewilligen und stellt folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Aflenz im gleichnamigen Gerichtsbezirke wird zur Deckung der durch das Ertragnis des vom Gemeinde-Ausschusse beschlossenen 15prozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer auf den Verbrauch von Wein, Most und Fleisch nicht bedeckten Gemeindeerfordernisse für das Jahr 1904 außer der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten Gemeindevumlage von 72 Prozent auf sämtliche in der Ortsgemeinde Aflenz vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer, weiters noch zur Deckung der besonderen Erfordernisse für den Markt Aflenz mit Einschluß der hierfür seitens des Landes-Ausschusses vorläufig bewilligten 27prozentigen Umlage die Einhebung einer 29prozentigen Umlage auf die direkten landesfürstlichen Steuern von dem im Markte Aflenz gelegenen Hausbesitze und den daselbst betriebenen Gewerbsunternehmungen sowie auf die den Marktbewohnern vorgeschriebene Rentensteuer für das Jahr 1904 bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Baron Rokitsky, Zedlacher und Genossen, Beilage Nr. 94, betreffend die Erhebung über die bestehenden Wegservituten und Anlegung eines bezüglichlichen Katasters zwecks Wahrung dieser Servitutsrechte.

Berichterstatter ist Herr Abg. von Pengg, den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonderauschusses für Gemeindeangelegenheiten von **Pengg** (von der Tribüne): Hohes Haus! Der Sonderauschuß für Gemeindeangelegenheiten hat sich auch mit dem Antrage der Herren Abgeordneten Freiherr von Rokitsky,

Zedlacher und Genossen eingehend beschäftigt. Dieser Antrag, der dahin geht, die bestehenden Wegservituten zu erheben und einen Kataster anzulegen, schneidet allerdings eine wichtige Sache im Lande an, nämlich die Regelung der ganzen Wegservitute, respektive die Festlegung, welche Wege als öffentliche und welche Wege als Privatwege anzusehen sind. Daß es sehr wünschenswert wäre, daß eine solche Festlegung erfolgt, ist gewiß, ebenso gilt dies für die Viehtriebervitute u. s. w. Der Antrag, wie er in seiner Gänze gestellt ist, dürfte wohl schwer im Wege der Gesetzgebung behandelt werden können. Ich glaube, daß dieser Antrag zunächst in zwei vollständig geschiedene Teile getrennt werden muß. Der eine Teil davon wäre derjenige, der alle die Viehtriebe und Servitutenwege der einzelnen Besitzer betrifft. Das ist eine reine Privatsache, da sich eben jeder Einzelne darum kümmern muß, welche Wege und Viehtriebe sein Recht sind und er auch Gelegenheit hat, diese Servitute im Wege der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu erlangen. Um diese Wege kann sich die Landesvertretung nicht kümmern.

Anderes ist es mit jenem Teile, welcher die Festlegung der öffentlichen Wege betrifft. Es wäre gewiß wünschenswert, daß dies geschehe und es würden dann außerordentlich viele Streitigkeiten vermieden werden. Es besteht die Tatsache, daß alle die Wege benützen wollen, daß aber zumeist niemand die Wege erhalten will. Darüber kommt es oft zu Differenzen, welche dann leicht ausgetragen werden könnten, wenn festgelegt würde, welche Wege öffentlich sind und welche nicht öffentlich sind.

In der Voraussetzung, daß vielleicht der Landes-Ausschuß den richtigen Weg findet, um in dieser Sache einen Schritt vorwärts zu tun, stelle ich im Namen des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Antrag der Abgeordneten Baron Rokitsky, Zedlacher und Genossen, Beilage Nr. 94, betreffend die Erhebung über die bestehenden Wegservitute und Anlegung eines bezüglichen Katasters zwecks Wahrung dieser Servitutsrechte wird dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und Berichterstattung in der nächsten Session überwiesen.

2. Gelegentlich der zu pflegenden Erhebungen sind die Gemeinden auf die dringendst wünschenswerte Festlegung der bestehenden öffentlichen Wege entsprechend aufmerksam zu machen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 158, über das Ansuchen der Insassen des Marktes St. Georgen an der Südbahn um Ausscheidung der Katastralgemeinde St. Georgen aus dem Verbande der Ortsgemeinde St. Georgen a. d. S. und Konstituierung als selbstständige Ortsgemeinde.

Ich erlaube mir zu konstatieren, daß hier auf der Tagesordnung ein Schreibfehler vorliegt, indem als Berichterstatter der Herr Abg. von Pengg angegeben ist, während es richtig heißen soll: „Berichterstatter Abg. Erber“.

Ich erteile dem Herrn Abg. Erber das Wort zur Einleitung des Gegenstandes.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Erber** (von der Tribüne): Hohes Haus! Im Gegenstande, über den ich die Ehre habe zu berichten, finde ich mehrere Fälle, mit welchen sich schon öfters das hohe Haus beschäftigt hat, nämlich daß ursprünglich an einem Markte herum liegende kleinere Gemeinden anstreben, mit dem Markte vereinigt zu werden, und wenn die Vereinigung stattgefunden hat, wird meistens das Übergewicht nach auswärts verschoben und es wünscht die Marktgemeinde von den anderen Gemeinden die Trennung; es entsteht Streit in der Gemeinde, der nicht anders zu schlichten ist, als daß man den einzelnen Gemeindeteilen die Selbstständigkeit wieder gibt oder anderen die Rechte zuweist.

Dies finden wir auch bei der Gemeinde St. Georgen a. d. S., die mit den Gemeinden St. Rosalia und St. Acharius vereinigt ist und zu der im Jahre 1873 auch die Ortsgemeinde St. Primus dazukam. Aber schon im Jahre 1880 haben die Petitionen um die Trennung begonnen, die immer und immer nicht bewilligt werden konnten, weil teilweise der Landes-Ausschuß sowohl als auch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Cilli sich dagegen ausgesprochen haben und es geheißen hat, daß diese Gemeinde eine der bestverwalteten Gemeinden von Steiermark sei und die Notwendigkeit der Trennung nicht vorhanden ist. Auch im Jahre 1882 hat ein derartiges Ansuchen stattgefunden und ebenso ist man auch wieder im Jahre 1899 um die Trennung eingeschritten. Aber alle diese Ansuchen konnten nicht bewilligt werden, weil die Kriterien hierzu nicht vor-

handen waren und weil man gesehen hat, daß in den vereinigten Gemeinden eine bessere Verwaltung zu finden sei, als wenn die Gemeinden getrennt wären.

Aber schon im Jahre 1902 hat sich die Notwendigkeit ergeben, nachdem sich die Verhältnisse dort zugespitzt hatten und eine weitere gemeinsame Verwaltung nicht möglich schien, neuerlich um die Trennung einzuschreiten. Die Entscheidung des Landes-Ausschusses ist nicht in dem richtigen Maße interpretiert worden und es hat einfach geheißen, daß der Landes-Ausschuß irgend etwas entschieden habe, was nicht den Tatsachen entsprechend sei; mit einem Worte, es ist überhaupt unbedingt notwendig, daß der Sache nähergetreten wird.

Der Landes-Ausschuß hat die ganze Angelegenheit einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterzogen und hat gefunden, daß, nachdem auch die vermögensrechtlichen Verhältnisse und die Teilung derselben einer glücklichen Lösung zugeführt werden können, es am besten sei, dem hohen Hause zu empfehlen, in die Trennung dieser Ortsgemeinde einzuwilligen. Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten hat in seiner Sitzung beschlossen, dem hohen Hause den mit dem Landes-Ausschußantrage gleichlautenden Antrag zur Annahme zu empfehlen, welcher lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die zur dermaligen Ortsgemeinde St. Georgen a. d. Südbahn im Gerichtsbezirke Gills gehörigen Katastralgemeinden Goritschiza, Grobelno, Rameno, Krainschiza, Lokarje, Podgrad, St. Primus, Reichenegg, St. Rosalia und Tratna werden aus dem Verbande der genannten Ortsgemeinde ausgeschieden und zu einer neuen Ortsgemeinde mit dem Namen Umgebung St. Georgen a. d. Südbahn zusammengefaßt, während die Katastralgemeinde St. Georgen für sich allein als selbständige Ortsgemeinde den Namen St. Georgen a. d. Südbahn beibehält. Die Auseinandersetzung des gemeinschaftlichen Vermögens und der gemeinschaftlichen Lasten der dermaligen Ortsgemeinde St. Georgen a. d. Südbahn hat nach Maßgabe der Vorschreibung an direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer in den bezüglichlichen neugebildeten Ortsgemeindegebieten, und zwar nach dem Stande im Zeitpunkte des gegenwärtigen Beschlusses zu erfolgen.

Für die Regelung der heimatrechtlichen Verhältnisse haben die Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 3. Dezember 1863, R.-G.-Bl. Nr. 105, Anwendung zu finden.“

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme dieser Anträge.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 185, über das Aufsuchen der Ortsgemeinde Pachern im Gerichtsbezirke Marburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 108 Prozent im Jahre 1904.

Auch hier ist in der Tagesordnung bezüglich des Berichterstatters der gleiche Irrtum unterlaufen, wie bei dem früheren Gegenstande, nur ist nicht Herr Abg. v. Pengg, sondern Herr Abg. Erber Berichterstatter, dem ich das Wort erteile und ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Erber** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Der Gemeinde-Ausschuß der Ortsgemeinde Pachern im Gerichtsbezirke Marburg hat in seiner Sitzung beschlossen, zur Deckung des Erfordernisses pro 1904 eine 108prozentige Umlage einzuhoben, und zwar weil sich die Erfordernisposten auf 1.700 K 75 h belaufen, während die Einnahmen nur 80 K betragen, daher sich ein unbedeckter Rest von 1.620 K 75 h erweist. Die Gemeinde hat eine Gesamtsteuerleistung von 1.487 K 71 h und es würde daher eine 108prozentige Umlage die Summe von 1.606 K 72 h ergeben, welche um 14 K geringer ist als das Erfordernis. Bei Aufstellung des Präliminares haben sich einige Unrichtigkeiten und Differenzen ergeben, so daß der Landes-Ausschuß in die Notwendigkeit versetzt war, eine Revision der Gemeinde vorzunehmen, und es wurde bei dieser gefunden, daß einige Posten im Guthaben der Gemeinde auszuscheiden sind, daß aber auch andererseits einige Rückersätze zu leisten sind. Trotzdem erweist sich noch immer ein Abgang, der der obigen Ziffer entspricht und daher die Notwendigkeit einer 108prozentigen Umlage notwendig erscheinen läßt. Es wird, nachdem der Voranschlag zur Einsicht den Gemeindegliedern aufgelegt ist und auch alle anderen Bestimmungen nach § 75 der Gemeindeordnung eingehalten wurden, analog mit dem Antrage des Landes-Ausschusses von Seite des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten folgender Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Pachern im Gerichtsbezirke Marburg wird zur Deckung der Gemeindeerfordernisse für das Jahr 1904 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 99prozentigen noch die Einhebung einer 9prozentigen, zusammen daher einer 108prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Stiger, Dr. Hofmann von Wellenhof, Pfrimer und Genossen, Beilage Nr. 199, wegen Förderung des heimischen Gewerbes.

Berichterstatter ist Herr Abg. Einspinner, welchen ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses **Einspinner** (von der Tribüne): Hohes Haus! In der Sitzung vom 3. November 1904 brachten die Herren Abgeordneten Stiger, Dr. Hofmann v. Wellenhof, Pfrimer und Genossen folgenden Antrag ein (liest):

„Es wären zur Förderung des heimischen Gewerbes 5000 K zu dem Zwecke einzustellen, um befähigten Gewerbetreibenden (Meistern und Gehilfen) des Landes durch Gewährung von Stipendien den Besuch von einschlägigen Fachschulen oder Spezialkursen zu ermöglichen.“

Im Namen des Finanz-Ausschusses habe ich die Ehre, dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Stiger, Dr. Hofmann v. Wellenhof, Pfrimer und Genossen, Beilage Nr. 199, wegen Förderung des heimischen Gewerbes, wird dem Landes-Ausschusse zur Berichterstattung in der nächsten Session zugewiesen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Hofmann von Wellenhof, Dr. von Derzhatta und Genossen, Beilage Nr. 179, betreffend die Fürsorge für das Mittelschulwesen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. v. Hofmann.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses Dr. **Hofmann von Wellenhof** (von der Tribüne): Hohes Haus! Zudem ich auf die ausführliche, in den Händen der Herren befindliche gedruckte Begründung unseres Antrages sowie auf die bei der ersten Lesung erfolgte weitere mündliche Begründung desselben verweise, habe ich nur noch in aller Kürze hervorzuheben, daß im Unterrichts-Ausschusse noch insbesondere die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, daß demnächst eine zweite Staatsrealschule in der Landeshauptstadt Graz errichtet werde. Demzufolge lautet in teilweiser Abänderung unseres seinerzeit eingebrachten Antrages der Antrag des Unterrichts-Ausschusses dahin (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die k. k. Regierung wird aufgefordert, unverweilt an die dem tatsächlichen Bedürfnisse entsprechende Ausgestaltung des hinter den übrigen Ländern des Reiches zum Teile soweit zurückstehenden staatlichen Mittelschulwesens der Steiermark zu schreiten und insbesondere demnächst eine zweite Staatsrealschule in der Landeshauptstadt Graz zu errichten.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind die

Berichte des Finanz-Ausschusses über Petitionen.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich Seine Exzellenz Graf Stürgkh zum Worte gemeldet.

Abg. Graf **Stürgkh** (G.-G.-B.): Ich erlaube mir rückichtlich sämtlicher Petitionen, welche auf der heutigen Tagesordnung stehen, den Antrag zu stellen, daß dieselben vorbehaltlich jener, zu welchen Abänderungsanträge im hohen Hause gestellt werden, als mit den Anträgen der betreffenden Ausschüsse übereinstimmend, vom hohen Hause angenommen werden.

Landeshauptmann: Die Herren haben diesen Antrag vernommen. Wünscht jemand hinsichtlich dieser Geschäftsbehandlung das Wort zu nehmen? (Nach einer Pause). Wenn sich bezüglich der Geschäftsbehandlung keiner der Herren zum Worte meldet, so erlaube ich mir die Anfrage, ob einer der Herren zu den in den Petitionsverzeichnissen enthaltenen Petitionen das Wort zu nehmen wünscht, und ersuche ich, mir in diesem Falle die Nummer des Petitionsbogens, auf welchem die betreffenden Petitionen verzeichnet sind, bekanntzugeben.

Abg. Sutter (St.-G. Fürstenfeld): Ich beantrage, daß die Behandlung der Petitionen Nr. 73 und 246 im Verzeichnisse Nr. 16 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde, weil inzwischen dem Landeskultur-Ausschusse weitere, die gleiche Angelegenheit betreffende Vorlagen zugewiesen wurden, welche dann später unter einem beschloffen werden können. Es handelt sich um die Petition Nr. 73, des Bezirksausschusses Mureck, um Einreihung der Bezirksstraße vom Bahnhofe Mureck bis zur Einmündung der Gleichenberger Bezirksstraße II. Klasse in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Klasse, und um die Petition Nr. 246, des Bezirksausschusses Umgebung Graz, um Wiedererhebung der von Graz über St. Marein a. P. und Feldbach, Fehring beziehungsweise zur ungarischen Landesgrenze führenden Bezirksstraße II. Klasse zur Bezirksstraße I. Klasse.

Es sind in diesen beiden Angelegenheiten einerseits eine Vorlage des Landes-Ausschusses und eine Petition in der Zwischenzeit dem Landeskultur-Ausschusse zugewiesen worden, und ich beantrage daher, daß die Behandlung dieser beiden Gegenstände auf eine der nächsten Sitzungen verlegt werde, damit der Landeskultur-Ausschuß dieselben früher noch beraten kann.

Landeshauptmann: Wenn keiner der Herren sich zur Geschäftsbehandlung weiter zum Worte meldet, glaube ich, annehmen zu können, daß die Herren mit der Zurückstellung dieser zwei Petitionen, welche auf dem Bogen Nr. 16 eingetragen sind, einverstanden sind. (Nach einer Pause). Es erfolgt kein Widerspruch.

Nachdem sich keiner der Herren zu einem der weiteren in den Petitionsverzeichnissen enthaltenen Anträge der Ausschüsse über Petitionen zum Worte gemeldet hat, glaube ich im Sinne des Antrages des Herrn Abg. Exzellenz Grafen Stürgkh vorgehen zu können, und die Abstimmung über alle Auschußanträge unter einem einleiten zu können und ersuche jene Herren, welche die Auschußanträge, welche in den Petitionsverzeichnissen als Erledigungsanträge für die eingebrachten Petitionen vorliegen, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Somit sind sämtliche Petitionsverzeichnisse, die auf der Tagesordnung gestanden sind, als erledigt anzusehen mit Ausnahme der im Verzeichnis Nr. 16 angeführten Petitionen.

Es ist mir während der Sitzung ein Antrag überreicht worden, welchen ich den Herrn Schriftführer bitte zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer v. **Ritter-Zahony** (liest):

Hoher Landtag!

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der § 8 der Feuerlöschordnung vom 28. August 1895, L.-G.-Bl. Nr. 97, hat außer Wirksamkeit zu treten und in Zukunft zu lauten:

§ 8. Reinigung der Rauchfänge.

Die Schornsteine und Schläuche müssen durch Rauchfangkehrer gereinigt werden.

Ausnahmsweise kann die Gemeindevertretung bei einzelstehenden, mindestens 30 Meter entfernt von fremden Wohnhäusern oder mit Heizanlagen versehenen Wohnräumen hiervon Umgang nehmen und die entsprechende Selbstreinigung bewilligen.

In jedem solchen Fall ist der politischen Bezirksbehörde Mitteilung zu machen.

Wie oft die Reinigung in diesen Gebäuden stattzufinden hat, bestimmt der Gemeindevorsteher mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Rauchfänge und Stärke der Feuerungen.

Die Reinigung der Schornsteine und Schläuche sowohl in diesen als auch anderen Gebäuden hat aber mindestens im Winter alle zwei Monate, im Sommer wenigstens einmal, bei großen Feuerungen aber, namentlich in Werkstätten und Fabriken, öfter, wo nötig, alle acht Tage stattzufinden.

Russische Schornsteine können über Antrag der Rauchfangkehrer und mit Bewilligung des Gemeindevorstehers und unter Beobachtung der nötigen Vorschriftsmaßregeln ausgebrannt werden.

Vor dem Ausbrennen der Kamine sind der Gemeindevorsteher und die Nachbarn zu verständigen.“

Graz, am 29. Dezember 1904.

Holzer.	Huber.
Kern.	Hagenhofer.
Ferd. Berger.	Schweiger.
Wagner.	Schoiswohl.
Stocker.	Joh. Krenn.“

Landeshauptmann: Der Antrag ist gehörig gezeichnet und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es liegt noch eine Interpellation an den Landes-Ausschuß vor.

Schriftführer von **Ritter-Zahony** (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Kessel und Dr. Schacherl an den Landes-Ausschuß über den Stand der Verhandlungen

zwischen den Reuschlern und der Bürgerschaft von Schladming betreffs des Bürgerschaftsvermögens und sonstiger Nutzungen.

Seit über zehn Jahren dauert der Kampf der Kleininsassen von Schladming gegen die Eingriffe der Großbürger in ihre Rechte in bezug auf das Bürgerschaftsvermögen und sonstigen Nutzungen. Was früher Gemeindeseigentum war, ist auf einstweilen nicht zu erörternde Weise in den Besitz einer kleinen Anzahl von Bürgern übergegangen, so daß die kleinen Leute die Lasten und Pflichten der Gemeinde, die Großen aber die Vorteile haben. Der Ausgleich, den der Landes-Ausschuß nun bereits seit dem Jahre 1893 herbeizuführen sucht, um den gerichtlichen Weg zu vermeiden, ist noch immer nicht zustande gekommen, da die wohlhabenden Nutznießer des ehemaligen Gemeindeseigentums offenbar glauben, daß die Gemeinde beziehungsweise die Kleinschüler wegen der Kosten keinen Prozeß versuchen würden. Die Geduld der armen Reuschler, deren Interessen übrigens in diesem Falle mit denen der Gemeinde Hand in Hand gehen, ist begreiflicherweise am Ende angelangt.

Wir stellen nun die Anfrage:

„Was gedenkt der Landes-Ausschuß zu tun, um, so weit es an ihm liegt, der Verschleppungstaktik ein Ende zu machen und eine Entscheidung herbeizuführen?“

Graz, am 29. Dezember 1904.

Dr. Schacherl. Hans Resel.“

Landeshauptmann: Die Interpellation wird an den Landes-Ausschuß geleitet werden.

Die nächste Sitzung bestimme ich für Freitag den 30. Dezember 1904 um 10 Uhr vormittags und als

Tagesordnung:

1. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Widmung eines Betrages von 600.000 K seitens Ihrer Excellenz der Gräfin Theodora Kottulinsky zum Zwecke der Errichtung eines Rekonvaleszentenheims (Beilage Nr. 269).

2. Bericht des kombinierten Finanz- und Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 1, betreffend das Ansuchen der Gemeinde Pinggau

um Gewährung eines Beitrages von 4800 K zum Armenhausbau (Beilage Nr. 254).

Berichterstatter Abg. Baron Rokitsky.

3. Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahnangelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 76, betreffend das Ansuchen der Aktiengesellschaft „Rokitscher Lokalbahn“ um die Erteilung der Zustimmung zur Erhöhung des gesellschaftlichen Aktienkapitales (Beilage Nr. 262).

Berichterstatter Abg. Pfriemer.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 239, betreffend die Gewährung eines Investitionskredites für die Landes-Kuranstalt Rokitsch-Sauerbrunn, die Regelung der Stellung der Brunnwärter dortselbst und die definitive Bestellung des Leiters des Kaiserbades und die Besetzung der Direktorstelle (Beilage Nr. 263).

Berichterstatter Abg. Walz.

Statt des auf diesem Berichte benannten Berichterstatters Herrn Abg. Walz, welcher krank gemeldet ist, wird Herr Abg. Reitter als Berichterstatter fungieren.

5. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 45, über die demselben in der I. Session zugewiesenen Petitionen.

Berichterstatter Abg. Fürst.

6. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 207, über die Petition der Ortsgruppe Graz des Wiener Lehrerhausvereines, um einen einmaligen Baubetrag.

Berichterstatter Abg. Fürst.

7. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Einspinner und Genossen, Beilage Nr. 148, auf Gehaltserhöhung für die in Landesdiensten stehenden Sekundärärzte und auf Festlegung einer Entlohnung für ärztliche Aspiranten.

Berichterstatter Abg. Dr. von Hofmann.

8. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 183, betreffend Neubauten in den öffentlichen Krankenhäusern Gills und Hartberg.

Berichterstatter Abg. Dr. von Hofmann.

9. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Bei-

lage Nr. 188, betreffend die ihm in der I. Session erteilten Aufträge des hohen Landtages in Personalangelegenheiten.

Statt des auf dieser Vorlage bezeichneten Berichterstatters Herrn Abg. Grafen Kottulinsky wird der Herr Abg. Erzellenz Graf Stürgkh das Referat erstatten, welcher überhaupt größtenteils vom Finanz-Ausschusse alle noch ausstehenden Referate, über welche der Herr Abg. Graf Kottulinsky zu referieren gehabt hätte, übernommen hat.

10. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 192, betreffend die Vermehrung des technischen Beamtenstandes im Landesbauamte.

Berichterstatter Abg. Erzellenz Graf Stürgkh.

11. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 216, betreffend die Reorganisierung der Landes-Buchhaltung.

Berichterstatter Abg. Erzellenz Graf Stürgkh.

12. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 193, betreffend das Pensionsgesuch des Landesarchiv-Direktors Dr. Josef von Zahn.

Berichterstatter Abg. Erzellenz Graf Stürgkh.

13. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 60, zu den in der I. Session der IX. Landtagsperiode gefaßten Landtagsbeschlüssen, betreffend die Naturalverpflegstationen.

Berichterstatter Abg. von Mayr-Melnhof.

14. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Einspinner, Walz, von Fehrer und Genossen, Beilage Nr. 149, betreffend die Errichtung einer Telegraphenstation in Deutsch-Feistritz.

Berichterstatter Abg. von Mayr-Melnhof.

15. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 204, über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz, um Bewilligung zur Erhöhung der für den städtischen Kranken- und Versorgungshausfond eingehobenen Verlassenschaftsabgabe (des sogenannten Armenprozentes).

Berichterstatter Abg. Dr. Grašovec.

16. Mündlicher Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Dečko und Genossen, Beilage Nr. 119 und die Petition Nr. 365, des Bezirks-Ausschusses Gills, betreffend die Erhebung der Bezirksstraße II. Klasse Weicheldorf—Weitenstein in den Bezirken Gills und Gonobitz zur Bezirksstraße I. Klasse.

Berichterstatter Abg. Sutter.

17. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 267, mit dem Antrage auf provisorische weitere Einhebung der für das Jahr 1904 beschloßen und bewilligt gewesenen Landesumlagen, Zuschläge und Umlagen für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1905.

Berichterstatter Abg. Erzellenz Graf Stürgkh.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über Petitionen und zwar:

Verzeichnis Nr. 18:

Petition Nr. 13 des Ferdinand Millwisch um Dienstzeiteinrechnung, Nr. 6 der Helene Schruß, Nr. 27 der Theresie Iwersky, und Nr. 331 der Aloisilde Apanik, um Gnadengaben und Erhöhung derselben, Nr. 189 der Christine Stipper um Pensionserhöhung, Nr. 108 der Aloisia Rubrich um Gnadenpension, Nr. 56 der Christine Menninger, Nr. 114 der Marie Gaulhofer und Nr. 99 der Amalie Kapun, um Pensionserhöhung, beziehungsweise Unterstützungen.

Berichterstatter Abg. Fürst.

Verzeichnis Nr. 19:

Petition Nr. 37 der Antonie Mannich, Nr. 54 der Marie Gutzmandl, Nr. 289 der Emilie Beck, Nr. 322 des Karl Haller, Nr. 294 des Johann Weirl, Nr. 100 des Johann Horina, Nr. 485 des Andreas Kaltenegger, Nr. 484 der Anna Schantl, Nr. 461 des Johann Bračko und Nr. 152 des katholischen Schulvereines in Wien, um Erziehungsbeträge, Gnadenpensionen, Dienstzeiteinrechnung, Pensionserhöhungen, Unterstützungen und Subvention.

Berichterstatter Abg. Fürst.

Verzeichnis Nr. 21:

Petition Nr. 185 des Alois Schütz, Nr. 112 des Anton Tschek, Nr. 249 der Philomena Brandl, Nr. 253 der Johanna Kompost, Nr. 251 des Alois Fasching, Nr. 406 des Karl Blümel, Nr. 369 der Marie Brečner, um Pensionserhöhungen.

Berichterstatter Abg. Fürst.

Verzeichnis Nr. 22:

Petition Nr. 5/23 des Valentin Solzer, Nr. 55 des August Musger, Nr. 113 des Karl Pendl, Nr. 53 des Lorenz Schijaneß, Nr. 161 des Alois Puschnigg, Nr. 69 der Olga Schwagel, Nr. 24 der Karoline Schwarzl, um Pension, Erhöhungen derselben und Dienstzeiteinrechnung.

Berichterstatter Abg. Fürst.

Verzeichnis Nr. 23:

Petition Nr. 420 der Marie Kofol, Nr. 428 des Marius Zinnauer, Nr. 448 des Ferdinand Walcher, Nr. 280 der Katharina Schilcher, um Unterstützung, Pensionserhöhung, Dienstzeiteinrechnung, beziehungsweise Gnadengabe.

Berichterstatter Abg. Fürst.

Verzeichnis Nr. 24:

Petition Nr. 68 des Johann Greiner, Nr. 105 der Marie Pernitz, Nr. 71 der Anna Weirler, Nr. 530 des Franz Stöckl, Nr. 505 des Josef Wildner, Nr. 195 des Franz Reinhart, Nr. 60 der Amalie Skorjanec, Nr. 375 des Leopold Ringhofer, um Dienstzeiteinrechnung, Unterstützungen und Pensionserhöhung.

Berichterstatter Abg. Fürst.

19. Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über die Petition Nr. 430 einer Anzahl Fuhrwerksbesitzer in Bruck, um Abänderung der Straßenpolizeiordnung für Steiermark. (Verzeichnis Nr. 28.)

Berichterstatter Abg. von Pengg.

Ist hinsichtlich der Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte.

Ich habe noch bekanntzugeben, daß heute den 29. Dezember um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung des Unterrichts-Ausschusses stattfindet in der Amtsstube des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. Lint.

Der Finanz-Ausschuß hält heute um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Der Landeskultur-Ausschuß versammelt sich morgen Freitag um 9 Uhr früh im Gemeinde-Ausschußlokale.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es scheint dies nicht der Fall zu sein.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 45 Minuten vormittags.)

